Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Ausschusses für Petitionen

Bericht Nr. 17 des staatlichen Ausschusses für Petitionen

Der staatliche Ausschuss für Petitionen hat am 14.03.2025 die nachstehend aufgeführten 07 Petitionen abschließend beraten:

Der Ausschuss bittet, folgende Petitionen dem Senat, den Fraktionen und den Einzelabgeordneten zur Kenntnis zu geben:

Eingabe Nr.: L21/157

Gegenstand: Inklusive Spielplätze

Begründung:

Die Petentin fordert den Bau von inklusiven Spielplätzen für Kinder mit und ohne Behinderungen und verdeutlicht ihre Forderung anhand eines Beispiels eines barrierefreien Karussells. Die Petition wurde an den Deutschen Bundestag gestellt, welcher die Petition ausdrücklich begrüßt und den Landesvolksvertretungen insofern zugeleitet hat, als es für erforderlich gehalten wird, dass in den Bundesländern überprüft werden sollte, inwieweit Kommunen den Anteil barrierefreier Spielplätze steigern können.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration Gesundheit eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss hält das Anliegen der Petentin für sehr wichtig und teilt die Forderungen der Petentin. Nach Möglichkeit sollten alle Spielplätze inklusiv gestaltet sein. Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration hat dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass sie das Anliegen der Petentin begrüßt und dass in Bremen bei jeder Neu- Umgestaltung eines Spielplatzes das Thema Inklusion bedacht würde. Es gelte dabei der Grundsatz der DIN 18043-2: „Angebote für alle: Nicht alle müssen alles können, aber es muss für alle ein Angebot vorhanden sein (möglichst viele Sinne ansprechen).“ Sie weist des Weiteren darauf hin, dass es wichtig sei, eine Versorgung im jeweiligen Ortsteil sicherzustellen und darüber Transparenz zu schaffen. Auch würde durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration gemeinsam mit dem Deutschen Kinderhilfswerk in der Stadtgemeinde Bremen derzeit ein Förderprojekt initiiert, mit dem eine öffentlich zugängliche Spielfläche einer Initiative oder eines Vereins niederschwellig inklusiv gestaltet werden sollte, wobei auch der Aspekt der Naturnähe berücksichtigt werden sollte. Schließlich verweist die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, dass eine inklusive barrierefreie Spielfläche in eine insgesamt barrierefreie Stadtgestaltung eingebettet sein müsse.

Der Petitionsausschuss ist der Ansicht, dass die Petition geeignet ist, in politische Beratungen und Entscheidungen einbezogen zu werden. Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, die Petition dem Senat, den Fraktionen und den Einzelabgeordneten zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss bittet, folgende Petitionen den Fraktionen und Einzelabgeordneten zur Kenntnis zu geben:

Eingabe Nr.: L21/149

Gegenstand: Befreiung Rundfunkbeitrag bei Wohngeldbezug

Begründung:

Der Petent trägt vor, sich in einer unfairen Lage hinsichtlich der Befreiung vom Rundfunkbeitrag zu befinden. Trotz gesundheitlich bedingter Erwerbsunfähigkeit und der Tatsache, dass der Petent eine befristete Erwerbsminderungsrente sowie Wohngeld erhält, bestehe keine Möglichkeit, sich von der Zahlung des Rundfunkbeitrags befreien zu lassen. Während Empfänger:innen von Grundsicherung oder Bürgergeld sind berechtigt, sich vom Rundfunkbeitrag befreien zu lassen, gelte diese Regelung jedoch nicht für Empfänger:innen von Wohngeld, obwohl dies für viele Menschen die einzige Unterstützung darstelle. Vor diesem Hintergrund bittet der Petent darum, seinen Fall zu prüfen und sich für eine Anpassung der Befreiungsregelung vom Rundfunkbeitrag für Empfänger:innen von Wohngeld einzusetzen.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatskanzlei eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die Senatskanzlei legt in Ihrer Stellungnahme dar, dass laut geltender Gesetzeslage nur demjenigen ein Anspruch auf Befreiung zusteht, dessen Bedürftigkeit durch eine Sozialbehörde geprüft wurde. Sowohl eine Rente wegen voller Erwerbsminderung als auch Wohngeld gehören demnach nicht zu den in § 4 Absatz 1 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag genannten sozialen Leistungen, die einen Befreiungstatbestand darstellen. Einen allgemeinen Befreiungstatbestand „geringes Einkommen“ sieht das Gesetz zudem nicht vor. Des Weiteren weist die Senatskanzlei auf den Befreiungstatbestand nach § 4 Absatz 6 Satz 1 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag in besonderen Härtefällen hin. Ein solcher kommt demnach in Betracht, wenn eine Sozialleistung mit der Begründung versagt wurde, dass die Einkünfte die jeweilige Bedarfsgrenze um weniger als die Höhe des Rundfunkbeitrags überschritten sind.

Der Petent hat in seiner Replik auf die weiteren ausführlichen rechtlichen Ausführungen der Senatskanzlei darauf hingewiesen, dass es ihm nicht um die Anerkennung eines Härtefalls in seiner individuellen Situation, sondern um die generelle Erweiterung des Kreises der von der Beitragspflicht befreiten Personen um Empfänger:innen von Wohngeld und von befristeter Erwerbsminderungsrente geht. Da es dazu einer Änderung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages bedürfte, bittet der Ausschuss darum, die Petition den Fraktionen und Einzelabgeordneten zur Kenntnis und gegebenenfalls als weiteres Material für eine etwaige Diskussion im parlamentarischen Raum zu geben.

Der Ausschuss bittet, folgende Petitionen für erledigt zu erklären, weil die Bürgerschaft (Landtag) keine Möglichkeit sieht, den Anliegen zu entsprechen:

Eingabe Nr.: L21/104

Gegenstand: Feuerwerk in der Nähe von Pferdehaltung

Begründung:

Die Petentin fordert das Land Bremen dazu auf einen Erlass zu verfassen, mit welchem das private Feuerwerk in einem Umkreis von 300 Metern um jegliche Form der Pferdehaltung verboten ist. Das Verbot soll für hochsteigende Feuerwerkskörper und handgeworfene Pyrotechnik gleichermaßen gelten. Die Petentin verweist dabei auf die gesetzlichen Regelungen, welche das Abbrennen von Feuerwerkskörpern in unmittelbarer Nähe zu brandgefährlichen Gebäuden ganzjährig verbieten. Dazu gehörten Ihrer Ansicht nach in der Regel auch Ställe

und Scheunen. Der Begriff „unmittelbare Nähe“ sei aber gesetzlich nicht genau definiert, was jedoch als Orientierungshilfe für die einzelnen Kommunen notwendig sei. Auch aufgrund des Tierschutzgesetzes sei die Anpassung des Sprengstoffgesetzes an den Tier- und Umweltschutz längst überfällig. Bis auf Bundesebene gehandelt würde, sieht die Petentin die Bundesländer in der Pflicht, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren und den Gesetzesvollzug zu gewährleisten.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und des Senators für Inneres und Sport eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss kann das Anliegen der Petentin gut nachvollziehen. Insbesondere aus Aspekten des Tierschutzes erscheint ein Verbot von Feuerwerk in der Nähe von Pferdehaltung sinnvoll und richtig. Gleichwohl hat der Petitionsausschuss keine Möglichkeit dem Anliegen der Petentin abzuweichen. Die aktuell geltenden Regelungen des Sprengstoffgesetzes und der ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz regeln ein generelles Verbot von Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände in unmittelbarer Nähe von Krankenhäusern, Kinder- und Altersheimen sowie besonders brandempfindlichen Anlagen oder Gebäuden. Zwar könne auch bei Anlagen der Pferdehaltung eine besondere Brandempfindlichkeit gegeben sein, wie die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz in der Stellungnahme ausführt, dies sei jedoch einzelfallabhängig und begründe kein generelles Verbot, wie von der Petentin gefordert. Ein mögliches Verbot für das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen in räumlicher Nähe zu Gebäuden oder Anlagen, die besonders brandempfindlich sind, könne durch die zuständige Behörde ausgesprochen werden. Dafür müsse jedoch eine konkrete Gefahr vorliegen und auch aufgrund dieser Rechtsgrundlage sei ein wie mit der Petition gefordertes generelles Verbot nicht möglich. Vor diesem Hintergrund hat die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass für weitergehende gesetzliche Regelungen zum privaten Silvesterfeuerwerk die bundesrechtlichen Vorschriften des Sprengstoffrechts geändert werden müssten, konkret die erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz.

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz teilt aber die Forderung der Petentin, dass ein fester Abstand von Silvesterfeuerwerk zur Tierhaltung aus Tierschutzsicht absolut nachvollziehbar sei und teilt dem Petitionsausschuss mit, dass sie sich bei der anstehenden Novellierung des Sprengstoffrechtes dafür einsetze, dass der Aspekt des Tierschutzes bei privaten Silvesterfeuerwerk berücksichtigt würde. Mit Bezug auf die Stellungnahme der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz teilt der Senator für Inneres und Sport dem Petitionsausschuss mit, dass er sich im Bundesrat für eine Änderung des Sprengstoffrechtes unter der Berücksichtigung von Tierwohlbelangen eingesetzt habe, da auch er die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden zu Regelungen bezüglich der Einschränkung von privatem Silvesterfeuerwerk als unzureichend einschätzt. Der im November 2024 entsprechend eingereichte Antrag habe jedoch nicht die erforderliche Mehrheit im abschließenden Plenum erhalten. Der Senator für Inneres und Sport bedauert dies, sichert jedoch zu, sich weiterhin dafür einzusetzen, mehr Handlungsoptionen im Umgang mit privaten Silvesterfeuerwerk zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund sieht der Petitionsausschuss keine weitere Möglichkeit dem Anliegen zu entsprechen und bittet daher die Petition für erledigt zu erklären.

Eingabe Nr.: L21/108

Gegenstand: Kostenübernahme durch AOK

Begründung:

Mit der ursprünglich beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingereichten und zwecks Zuständigkeit für die parlamentarische Prüfung an den Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft weitergeleiteten Petition wird die Kostenübernahme einer Augenoperation durch die AOK Bremerhaven gefordert.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz eingeholt. Die Petentin hat die Gelegenheit zur Erwidern auf die Stellungnahme wahrgenommen, woraufhin die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz ergänzend Stellung genommen hat. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss kann das Anliegen der Petentin gut nachvollziehen. Die von der Petentin geschilderte schwierige persönliche Situation verdeutlicht, dass die Kostenübernahme durch die AOK Bremerhaven der aus der für die Petentin aus medizinischer Sicht erforderlichen Femtosekundenlaser-gestützte Laser-in-situ-Keratomileusis (LASIK), angezeigt erscheint. Gleichwohl hat die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass eine Kostenübernahme in diesem Fall grundsätzlich nicht möglich sei, da der Gemeinsame Bundesausschuss diese Methode aus der Leistungspflicht der Krankenkasse ausgeschlossen habe. Dies sei bereits durch Urteil des Landessozialgerichtes Baden-Württemberg (L11 KR 134/07) bestätigt worden und es gebe bislang keine gerichtliche Entscheidung, in welcher die Übernahme der Kosten einer LASIK-Operation durch eine gesetzliche Krankenversicherung festgestellt worden sei. Die seitens der Petentin geforderte Gesetzesänderung hinsichtlich der Kostenübernahme von LASIK-Operationen durch die gesetzliche Krankenkasse erscheint der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz nachvollziehbar, allerdings könne die Entscheidung über eine weitreichende Änderung eines Gesetzes auf Bundesebene nicht aufgrund eines Einzelfalles erfolgen. Der Petitionsausschuss sieht aufgrund der eindeutigen Rechtslage, welche die Kostenübernahme der für die Petentin erforderlichen Augenoperation durch die gesetzliche Krankenkasse ausschließt, keine Möglichkeit dem Anliegen zu entsprechen und bittet daher, die Petition für erledigt zu erklären.

Eingabe Nr.: L21/144

Gegenstand: Erhebungsmodus des Rundfunkbeitrages

Begründung:

Der Petent bemängelt die derzeitige Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrages als unsozial. Die Höhe des Rundfunkbeitrages solle sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Er schlägt zudem vor, den Rundfunkbeitrag ähnlich wie die Kirchensteuer von den Finanzämtern einziehen zu lassen.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme des Chefs der Senatskanzlei eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss kann dem Anliegen des Petenten nicht zum Erfolg verhelfen. Der Chef der Senatskanzlei verweist in seiner Stellungnahme auf die Aufgabe des Gesetzgebers, eine funktionsgerechte Ausgestaltung der Rundfunkanstalten zu garantieren und darauf, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk keinen Anspruch auf eine bestimmte Finanzierungsform habe, solange die Finanzierung insgesamt gewährleistet sei. Gleichwohl sei der Rundfunkbeitrag die vorrangige Finanzierungsquelle, insbesondere da diese von Einschaltquoten unabhängig mache. Die Frage, ob die Höhe des Rundfunkbeitrages vom Einkommen abhängig zu machen ist, sei durch das Bundesverwaltungsgericht geklärt (BVerwG, Beschluss vom 09.03.2017 - 6 B 27.17; BVerwG, Urteile vom 18. März 2016 - 6 C 6.15 und vom 15. Juni 2016 - 6 C 35.15).

Danach lasse es sich nicht mit dem Verfassungsgebot der Belastungsgleichheit (Art. 3 Abs. 1 GG) vereinbaren, die Höhe des Rundfunkbeitrags an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu orientieren. Dies folge aus der Rechtsnatur des Rundfunkbeitrags als nichtsteuerliche Abgabe in Gestalt einer Vorzugslast. Vorzugslasten dürften nur erhoben werden, um einen konkreten individuellen Vorteil abzugelten. Daher dürften diejenigen Personen zu

Schuldern einer Vorzugslast bestimmt werden, denen der abzugeltende Vorteil zugutekomme. Der Rundfunkbeitrag stelle die Gegenleistung für den individuellen Vorteil der Rundfunkempfangsmöglichkeit dar. Das Verfassungsgebot der Belastungsgleichheit der Abgabepflichtigen lasse es demnach nicht zu, den Verteilungsmaßstab und damit die Höhe von Vorzugslasten nicht nach der Größe des abzugeltenden Vorteils, sondern nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen zu bemessen. Zudem führt das Bundesverwaltungsgericht weiter aus, dass es aber nicht ausgeschlossen sei, die nach dem Vorteilsgrundsatz festgesetzte Abgabe im Einzelfall aus wirtschaftlichen Gründen zu erlassen oder zu ermäßigen. Eine Beitragsbefreiung oder Ermäßigung ist auf Antrag aus sozialen oder gesundheitlichen Gründen nach § 4 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags möglich, auch werden besondere Härtefälle berücksichtigt.

Bezüglich des Vorschlages des Petenten, dass der Rundfunkbeitrag zukünftig von den Finanzämtern eingezogen werden solle, teilt der Chef der Senatskanzlei dem Petitionsausschuss mit, dass die Bundesländer sich bewusst dagegen entschieden hätten, um die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von staatlichem Einfluss freizuhalten.

Aus den genannten Gründen, insbesondere aufgrund des durch das Bundesverwaltungsgericht erläuterten Verfassungsgebotes der Belastungsgleichheit, bittet der Ausschuss, die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Eingabe Nr.: L21/168

Gegenstand: Farge-Vegesacker-Eisenbahn

Begründung:

Der Petent fordert mit seiner Eingabe den Kauf der Farge-Vegesacker Eisenbahn von der Gesellschaft Railroad Development Corporation (RDC), um sie langfristig zu sichern und Trassenpreise zu sparen.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss kann dem Anliegen des Petenten nicht abhelfen. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung hat dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass der Fortbestand der Strecke sowohl über einen Finanzierungsvertrag mit der Farge-Vegesacker Eisenbahn als auch über einen Verkehrsvertrag mit der NordWestBahn langfristig gesichert sei. Die Trassenpreise dienen dem langfristigen Erhalt der Strecke und würden von der Bundesnetzagentur auf diskriminierende, unangemessene und intransparente Elemente hin überprüft. Der Petitionsausschuss teilt die Auffassung der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung und aus Sicht des Ausschusses besteht keine Notwendigkeit, dass das Land Bremen die Farge-Vegesacker Eisenbahn erwirbt. Der Ausschuss bittet daher, die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Eingabe Nr.: L21/172

Gegenstand: Gründung einer Landeseisenbahngesellschaft

Begründung:

Der Petent fordert mit seiner Eingabe, dass das Land Bremen gemeinsam mit dem Land Niedersachsen eine Landeseisenbahngesellschaft gründet und den Betrieb der Regio-S-Bahn Bremen/Niedersachsen sowie des Expresskreuzes Bremen/Niedersachsen übernimmt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss kann dem Anliegen des Petenten nicht abhelfen. Der Petitionsausschuss teilt die in der Stellungnahme dargelegte Auffassung der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, dass keine Notwendigkeit besteht, eine Landeseisenbahngesellschaft zu gründen, da dadurch die bestehenden Qualitätsmängel nicht behoben würden. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung führt in der Stellungnahme aus, dass die häufigste Verspätungsursache direkt oder indirekt infrastrukturbedingt sei. Auch die seit dem Jahr 2020 zunehmende Zahl von Baustellen verstärkte Beeinträchtigungen des Betriebsablaufs. Auf diese Zusammenhänge habe jedoch die Organisationsform eines Eisenbahnverkehrsunternehmens keinen Einfluss. Zudem sei Betreiber des Schienennetzes die DB InfraGO, welche zwar privatrechtlich organisiert sei, sich aber vollständig in öffentlichem Besitz befände. Vor diesem Hintergrund bittet der Petitionsausschuss die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss bittet, die Bürgerschaft (Landtag), die Behandlung der Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

Claas Rohmeyer
Vorsitzender